



Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss

Herrn
Jörg Mitzlaff
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Berlin, 10. August 2022
Bezug: Unser Schreiben vom
8. Juni 2022
Anlage: 1

Referat Pet 2
BMG, BMUV, BR, BT

Frau Hennig
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-35243
Fax: +49 30 227-36130
vorzimmer.pet2@bundestag.de

Pet 2-20-18-270-006994 (Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

im Auftrag der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Martina Stamm-Fibich, MdB, übersende ich Ihnen die zu Ihrer Eingabe angeforderte Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz vom 19. Juli 2022 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Ich bitte mir mitzuteilen, ob Sie nach Kenntnisnahme der Stellungnahme an Ihrem Anliegen festhalten wollen. Bitte benennen Sie mir, wenn das Petitionsverfahren fortgesetzt werden soll, Ihre Gegenargumente in Bezug auf die Stellungnahme des Ministeriums und was im Einzelnen noch Gegenstand einer parlamentarischen Prüfung durch den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages sein soll.

Sollte ich innerhalb der nächsten sechs Wochen keine Antwort erhalten, gehe ich davon aus, dass Sie das Petitionsverfahren nicht weiter betreiben wollen.

Auf das geringfügig geänderte Aktenzeichen weise ich vorsorglich hin.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Hennig



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, C 1 6, Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Dr. Anita Breyer
- Ministerialdirektorin -
Leiterin der Abteilung C
Chemikaliensicherheit, Immissions-
schutz und Verkehr

TEL +49 22899 305-2400

FAX +49 22899 305-2402

Anita.breyer@bmu.bund.de

www.bmu.de

**Eingabe von Herrn Jörg Mitzlaff, 10405 Berlin, vom 19. April 2022 -
Ihr Schreiben vom 8. Juni an das Bundesministerium für Digitales und
Verkehr
(Pet 1-20-12-9202-006994)**

Bonn, 19.07.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Petent spricht sich in seiner Eingabe vom 19. April 2022 gegen ein Verbot von Benzin- und Dieselfahrzeugen aus. Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr hat diese Petition zuständigkeitshalber an das Bundesumweltministerium abgegeben.

Zur Petition wird wie folgt Stellung genommen:

Derzeit wird auf Ebene der Europäischen Union über die Revision der Regulierung der CO₂ Standards für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge verhandelt. Die Europäische Kommission hatte vorgeschlagen, dass die Emissionen von Neufahrzeugen im Jahr 2035 um 100% zu reduzieren sind. Die Mitgliedsstaaten haben sich Ende Juni darauf verständigt, dieses Ziel zu unterstützen. Die Bundesregierung konnte dabei durchsetzen, dass vorgesehen sein soll, dass die Kommission außerhalb des Geltungsbereichs der Flottengrenzwerte





Seite 2

einen Regulierungsvorschlag zur Zulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor auch nach 2035 vorlegen wird. Voraussetzung soll laut der gemeinsamen Position der Mitgliedstaaten sein, dass diese ausschließlich mit CO₂ neutralen Kraftstoffen betankt werden.

Im nächsten Schritt werden nun die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten beginnen. Das Inkrafttreten der Revision setzt eine Einigung in diesen Verhandlungen voraus.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Breyer

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist daher ohne Unterschrift gültig.

